

1. Forschungen

Klaus Tenfelde

Schmelztiegel Ruhrgebiet?

Polnische und türkische Arbeiter im Bergbau: Integration und Assimilation in der montanindustriellen Erwerbsgesellschaft

Ressentiments

Im November 2000 hatte ich mich auf Wunsch des Deutschlandfunks in einer Live-Sendung über die historischen Dimensionen der Zuwanderung in das Ruhrgebiet und über Assimilationsprobleme zu äußern.* Zu meiner großen Überraschung hatte die Sendung eine starke Resonanz. Nicht nur, dass findige Zuhörer meine private Telefonnummer richtig erkundeten und in nicht enden wollenden Telefonaten ihre Ansichten breit begründeten; ich erhielt auch Briefe mehr oder weniger erfreulichen Inhalts. Einer der Briefschreiber kritisierte scharf meine Formulierung von den „polnischen Masuren protestantischen Glaubens“ – und zwar nicht zu Unrecht: Der Schreiber erinnerte an die slawisch-baltische Herkunft dieses Volksteils und an die Volksabstimmung von 1920, bei der mit weit über 90 Prozent für das Deutsche Reich optiert worden war; er erinnerte an die Vertreibungsrealität nach 1945, die es nur den wenigen katholischen Masuren erlaubte zu bleiben, und nur dann, wenn sie für Polen optierten.

Ein anderer Briefschreiber zog, mit deutlichem Akzent, den von mir nur ganz beiläufig angeregten Vergleich zwischen der polnischen und der türkischen Zuwanderung in Zweifel. Anders als die Türken, hätten die Polen eine „spontane Anpassungsbereitschaft“ gezeigt, im Jahre 1925 hätten sich von den 450.000 Zuwanderern polnischer Muttersprache nur noch 70.000 als Polen bezeichnet, die dann schließlich oftmals Anträge auf Eindeutschung gestellt hätten. Und dann die fragwürdigen, diffamierenden und falschen Behauptungen: Es habe bei den Polen eben keine „Einpeitscher“ der politisch-religiösen Art gegeben, kein Staat habe sie gestützt, die Polen hätten keine Privilegien etwa in Gestalt doppelter Pässe verlangt, sie seien keinen Appellen zur Wahl bestimmter Parteien gefolgt, sie hätten keine Parallel-Gesellschaften, etwa in Vereinen, gebildet, sie hätten nicht auf die Kultur des Gastlandes hinab-

* Eine frühere Version dieses Beitrags erschien in der Festschrift für Anna Zarnowska: *Spoteczność w dobie przemian wiek XIX i XX*, Warszawa 2003, S. 371–386; zum Vortrag während einer vom Institut für soziale Bewegungen gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung im Rahmen deutsch-polnischer Begegnungswochen im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets durchgeführten Veranstaltung über den „Schmelztiegel Ruhrgebiet“ habe ich den Beitrag überarbeitet. Er erscheint in einer darüber hinaus stark erweiterten Fassung.

gesehen und auch keine „abstoßenden Tötungsgewohnheiten“ gepflegt sowie keine Sonderrechte im Schulbetrieb verlangt, schließlich schickten sie ihre Kinder nicht zur Erziehung in der eigenen „Leitkultur“ nach Hause und verlangten auch keine gesonderten Badezeiten in den öffentlichen Bädern. All dies richtete sich selbstverständlich gegen die Türken, die eben das, so die Insinuation, taten, was die Polen nicht für nötig gehalten hätten.

Interessant war zu sehen, dass noch jeder der Ansprechpartner und Briefschreiber auf eigene familiäre Hintergründe hinwies: Einer stammte in dritter Generation aus Masuren, auch die Großeltern des anderen, hier zitierten Briefschreibers waren in das Ruhrgebiet zugewandert; die beiden Erwähnten wohnten längst nicht mehr in der Region.

Zuwanderungen und deren Folgen sind mithin, soviel lässt sich mit Vorsicht schließen, in der Erinnerung ein sozusagen sanguinisches Problem, ein Problem, das über die Generationen hinweg in den Köpfen lastet. Es ist merkwürdig zu sehen, dass der Umstand der Wanderung über weite Entfernungen offenbar wie ein Durchlauferhitzer wirkt, um die Verbundenheit mit der eigenen Herkunftsregion erst richtig in das Bewusstsein zu heben, und zwar insbesondere dann, wenn die kulturelle Differenz zwischen der Herkunfts- und der Zuwanderungsregion besonders erheblich ist und durch konfessionelle oder nationale Verschiedenheit nicht nur bestärkt, sondern nachgerade konstituiert wird. Darin spielt eine gleichsam soziologische Quantitätsdifferenz eine offenbar wichtige Rolle, ohne dass sich diese Differenz genau beziffern ließe: Unterhalb einer gewissen quantitativen Schwelle übt die umgebende Gastgeber-Gesellschaft offenkundig auf zuwandernde Minderheiten einen stillen, aber hochwirksamen Integrationszwang aus, den die Migranten meistens sehr bereitwillig an sich vollziehen lassen. Oberhalb dieser Schwelle besteht eine mehr oder weniger abgekapselte, eigenständige Integrationschance als ethnisch-nationale und konfessionelle Minderheit in einem separaten Milieu. Diese Schwelle wird, so scheint es, maßgeblich durch Faktoren wie Bildung oder Dichte eines meist stark konfessionsbestimmten Milieus verschoben. Wenn Zuwanderer an Zahl hinreichend stark vertreten sind, um Familienbeziehungen über die Generationen hinweg zu konstituieren und wenn den so gebildeten Zuwanderer-Milieus zusätzlich stärkende Komponenten einer internen Kommunikation eingeprägt werden können, dann wird der Assimilationsprozess leicht über Generationen verschoben. Die Konstrukteure von Identität spielen dann eine wichtige Rolle. Sie können wiederum politisch, religiös, aber beispielsweise auch rassistisch motiviert sein. Für die USA, das klassische Zuwanderungsland schlechthin, sind generationelle Rhythmen der Assimilation konstatiert worden: Dort, wo die erste Zuwanderungsgeneration in ethnischen Gemeinschaften fortexistieren kann, beschränkt sich der Assimilationsprozess innerhalb dieser ersten Generation auf marginale Anpassungen. Die Kindergeneration der Zuwanderer neigt hingegen zur Über-Identifikation mit dem Gastland. Erst mit der dritten Generation beginnt ein Prozess der wägenden, anerkennenden, differenzierenden Herkunftsreflexion. Weder die Polen im Ruhrgebiet, die allesamt vor 1914 zuwanderten, noch die Nachkriegs-Italiener, Spanier und Portugiesen, Jugoslawen und Griechen, noch die Türken in der Region haben aus sehr unterschiedlichen Gründen bisher einen so weit die Generationen übergreifenden Integrationsprozess an sich vollziehen können. Die Gründe dafür unterschieden sich bei den Polen fundamental von den Nachkriegs-Zuwanderern: Bei den Polen wurde die Integrationspro-

blematik durch die Folgen der Pariser Vorortverträge weitgehend aufgehoben; bei den Zuwanderern der Nachkriegszeit waren zunächst die quantitativen Dimensionen nur zeitweilig bedeutend, es gab ganz andere Rahmenbedingungen, und die türkische Zuwanderung bezeichnet einen ziemlich extremen Sonderfall.

Aus mindestens zwei Gründen empfiehlt sich deshalb, gegenüber der oft zu hörenden Behauptung vom „Schmelztiegel Ruhrgebiet“ vorsichtigen Abstand zu wahren:¹ Es beruht auf fehlerhaften Einschätzungen zu glauben, die polnische Zuwanderung sei doch *in Gänze* ziemlich problemlos in die Ruhrgebietsgesellschaft integriert worden, zumal und letztlich nach 1945; ebenso fehlerhaft ist es, von vornherein und vor diesem historischen Hintergrund die Integrationsbereitschaft der aufnehmenden Bevölkerung in der Gegenwart zu überschätzen. Man muss sich, abgesehen von den historischen Fakten, die jeweiligen kulturellen Dispositionen der Zuwanderer und der aufnehmenden Gesellschaften sehr viel genauer anschauen, um den Grad an Fremdheit, der durch Assimilation zu überwinden ist, möglichst präzise zu bestimmen und sanguinische Problematisierungen oder Ideologisierungen möglichst im Keim abzuweisen.

Die These vom „Schmelztiegel“ macht sich, dass sei wenigstens erwähnt, ein gerade im Ruhrgebiet historisch ganz reales Bild zu eigen und bezieht von daher nicht zum Geringsten den mit ihr verbundenen, wohlmeinenden Gesinnungsoptimismus. Schließlich waren es heißglühende, aus einer ganz geheimen Tonmischung erstellte Tiegel, in denen die Firma Krupp seit 1811 besten Stahl zu erschmelzen versuchte, womit sie bald so erfolgreich war, dass der Kruppsche Stahl zum Symbol deutscher Qualität aufsteigen konnte. Das vollzog sich, je gewaltiger die erschmiedeten Tiegelstahl-Blöcke wurden, mit einem außerordentlich hohen, strikt durchorganisierten Personalaufwand, denn die Tiegel waren in einem genau bemessenen Rhythmus zu transportieren. Der Tiegeltguss wurde für rund hundert Jahre zu einer Ikone Kruppschen Ansehens.² Man fragt sich, ob die mit der erstrebten Reinheit des Stahls verbundene Metaphorik deren Übertragung auf im Wesentlichen kulturelle Assimilationsprozesse erlaubt.

- 1 Die These wurde, offenkundig durch das US-amerikanische „Vorbild“ geschult, besonders dezidiert von Richard C. Murphy vertreten: Gastarbeiter im Deutschen Reich. Polen in Bottrop 1891–1933, Wuppertal 1982; vgl. auch Susanne Peters-Schildgen: „Schmelztiegel“ Ruhrgebiet. Die Geschichte der Zuwanderung am Beispiel Herne bis 1945, Essen 1997. Sie soll im Folgenden nicht radikal zurückgewiesen, aber differenziert werden; es gibt gute Gründe für die Annahme einer höheren Integrationsbereitschaft in der ansässigen Ruhrgebietsbevölkerung im Vergleich zu, sagen wir, einer beliebigen Kleinstadtbevölkerung.
- 2 Vgl. Heinz Reif: „Ein seltener Kreis von Freunden“. Arbeitsprozesse und Arbeitserfahrungen bei Krupp, in: Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeit und Arbeitserfahrung in der Geschichte, Göttingen 1986, S. 51–91; das berühmte Gemälde von Otto Bollhagen über den Tiegelstahlguss ist abgedruckt in Klaus Tenfelde: „Krupp bleibt doch Krupp“. Ein Jahrhundertfest: Das Jubiläum der Firma Fried. Krupp in Essen 1912, Essen 2005, S. 15. Nicht ganz am Rande sei bemerkt, dass es die Fa. Krupp jedenfalls bis zum Ersten Weltkrieg ablehnte, auf der Essener Gussstahlfabrik – anders in den unternehmenseigenen Zechen – polnische Arbeiter zu beschäftigen.

Zuwanderungswellen im Überblick

Verschaffen wir uns zunächst einen knappen Überblick der Zuwanderungswellen, die das Ruhrgebiet in seiner rund 200jährigen Geschichte erlebt hat. Ich werde nachfolgend eine Zusammenschau versuchen, auch um deutlich zu machen, dass es nicht nur, und schon gar nicht nur um spezifische Ausländergruppen ging. Man muss unbedingt im Blick behalten, dass die schwerindustrielle Ballungsregion durchgängig, und zwar stoßartig während der industriellen Wachstumsschübe in konjunkturellen Aufschwüngen, Zuwanderungsziel eben auch der deutschen Erwerbstätigen aller Regionen gewesen ist. Während der frühindustriellen Wachstumsphase³ wanderten zum Beispiel in starkem Maße Westfalen und Rheinländer der nahegelegenen ländlichen Regionen, aber auch bereits Hessen und Hannoveraner zu. Solange der Ruhrgebietsbergbau noch unter behördlicher Leitung stand, wurden auch Fachkräfte aus anderen Bergbauregionen, darunter Oberschlesien und der Harz, angeworben, und auch in späteren Zeiten blieben die durchweg höheren Löhne an der Ruhr für erfahrene Bergleute anderer Regionen attraktiv. Ebenfalls finden wir bereits in der frühen Phase Ausländer: Die Iren und Engländer, die der Zechengründer William Thomas Mulvany auf Hibernia und Shamrock heranzog, sind als Sonderfall wohlbekannt, aber es finden sich auch gelegentlich Niederländer oder Italiener, die anfänglich eher als gute Tunnelbauer und damit Spezialisten für den Bergbau in das Ruhrgebiet kamen. Die Zuwanderung aus deutschen Herkunftsregionen ist nie wirklich versiegt, und es kommt darüber hinaus darauf an, die Herkunftsbezeichnungen genauer zu differenzieren: Eine „deutsche“ Staatsbürgerschaft gab es bis 1913 nicht, und diejenigen Polen, die seit der Reichsgründung und besonders seit den 1880er Jahren zuwanderten, waren beinahe ausnahmslos preußischer, in vergleichsweise sehr geringen Zahlen auch habsburgischer und, ganz selten, russischer Nationalität. Staatsbürgerschaftliche Rechtsverrenkungen entstanden deshalb jedenfalls für die preußische Obrigkeit mit den Polen nicht.

Abgesehen von dem durchweg anhaltenden Zustrom von Arbeitern, es handelt sich in der Tat weit überwiegend um Männer, aus den im allgemeinen Sinn deutschen Herkunftsregionen, lassen sich in der Bevölkerungsgeschichte des Ruhrgebiets etwa seit der Zeit der Reichsgründung im ganzen vier große Zuwanderungsströme unterscheiden:

1. Die nichtdeutsche Zuwanderung der Zeit von etwa 1880–1914, ein paar Dutzend Menschen dieser Herkunft finden sich schon seit den frühen 1860er Jahren, war weit überwiegend polnischer Herkunft. Es handelt sich um weit mehr als jene mindestens 450.000 Menschen, die im Ruhrgebiet vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs als wohnhaft mit polnischer Muttersprache nachgewiesen sind, denn selbstverständlich fand Fluktuation in erheblichem Maße statt, auch Polen kehrten in ihre Heimat zurück, vielleicht, um es im Jahr darauf oder nach einer vorübergehenden Absatzkrise des Steinkohlenbergbaus erneut

3 S. im Überblick: Klaus Tenfelde: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, 2. Aufl. Bonn 1981. Im allgemeinen: Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Berlin etc. 1986. Nach wie vor einschlägig sind die nun älteren Forschungsarbeiten von Wolfgang Köllmann; s. u. a. ders./Frank Hoffmann/Andreas E. Maul: Bevölkerungsgeschichte, in: ders. u. a. (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 111–197.

zu versuchen. – Der Zuwanderungsstrom brach 1914 ab. Während der Jahre des Ersten wie auch derjenigen des Zweiten Weltkrieges treffen wir auf Sondersituationen, die heute in der Regel im Rahmen der Kriegsgefangenen-, Zwangsmigrations- bzw. Zwangsarbeiterproblematik erforscht werden.⁴ Diese besonderen Phasen werden hier beiseite gelassen, denn im Rahmen der Zwangsarbeit stellte sich das Integrations- bzw. Assimilationsproblem nicht oder nur ganz peripher. Festzuhalten ist, dass neben den Polen bis 1914 in geringerem Umfang auch andere Nationalitäten, darunter häufiger die Italiener, zuwanderten; es handelte sich jedoch um wenige tausend Menschen. Die Krisenjahre der Weimarer Republik blieben weitgehend zuwanderungsfrei. Das hängt mit verschiedenen Umständen zusammen: Bis etwa 1922 bedurfte der Bergbau in hohem Maße neuer Arbeitskräfte, unter denen sich wenige Ausländer fanden. Vielmehr begannen in der Mitte Europas umfassendere Bevölkerungsverschiebungen in der Folge des Versailler Vertrages bzw. der Pariser-Vorortverträge, auf die ich zurückkommen werde. Der Belegschafts-Höchststand des Ruhrbergbaus wurde 1922 erreicht, und die polnische Bevölkerung war zu diesem Zeitpunkt, wie es scheint, noch in starkem Umfang ortsansässig. Das Besatzungsjahr 1923 war ein Krisenjahr sondergleichen, das im Hinblick auf die Veränderungen in der Belegschaftsstruktur noch gar nicht untersucht worden ist. Seit 1924 begann, im Zuge der Stabilisierung der Währung, die große Rationalisierungsbewegung auch in der Schwerindustrie, und es wird häufig übersehen, dass die Belegschaftsreduktionen in Folge der Rationalisierung sowie mit der 1929 beginnenden Weltwirtschaftskrise im Umfang, bezogen auf die kurzen Zeiträume, die Nachkriegs-Krise seit 1957/58 bei weitem übertroffen haben. 1932 standen, gegenüber den 550.000 Bergleuten von 1922, nur noch etwa 240.000 Bergleute in Lohn und Brot – das entspricht einer Reduktion der Belegschaften im Steinkohlenbergbau um weit mehr als die Hälfte, binnen zehn Jahren. Von einem derart gewaltigen, in nur einem Jahrzehnt erzwungenen Stellenabbau ist der Nachkriegs-Bergbau trotz der schmerzhaften Kohlenkrise verschont geblieben! So war es nicht allein die – weiter unten knapp zu erläuternde – Option, die zahlreiche Polen fortziehen ließ; die Folgen der Mechanisierung und der Absatzverkürzungen seit 1924 dürften den Entschluss vieler, nicht nur der Arbeiter polnischer Muttersprache, zur Ab- oder Weiterwanderung beflügelt haben, ohne dass wird darüber Genaueres wüssten. Arbeitskräftebedarf zeichnete sich erst seit etwa 1936 wieder ab, aber es waren durchgängig ehemals Arbeitslose, die nun zunächst beschäftigt wurden; bis Kriegsbeginn gab es keine wirklich nennenswerten nichtdeutschen Zuwanderungen.

2. Zumeist übersehen wird in der Selbstwahrnehmung der Region die außerordentlich umfangreiche Zuwanderungswelle der unmittelbaren „zweiten“ Nachkriegszeit, die im Wesentlichen aus Vertriebenen der deutschen Ostgebiete sowie nach Staatsgründung in

4 Vgl. hierzu vor allem die jüngeren Forschungsarbeiten von Jochen Oltmer, zuletzt: ders. (Hg.): Kriegsgefangene in Europa während des Ersten Weltkriegs, Paderborn 2006; zur gegenwärtigen Debatte s. Anja Kruke (Hg.): Zwangsmigration und Vertreibung. Europa im 20. Jahrhundert, Bonn 2006. Ferner: Hans-Christoph Seidel u. Klaus Tenfelde (Hg.): Zwangsarbeit im Bergbau. Der Arbeitseinsatz im Kohlenbergbau des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Bd. 1: Forschungen, Bd. 2: Dokumente, Essen 2005.

der Mitte Deutschlands aus Flüchtlingen der DDR bestand.⁵ Insgesamt umfasste die Zuwanderung der Vertriebenen und Flüchtlinge nach Westdeutschland allein bis 1950 etwa acht Millionen Personen, jene in die DDR etwa vier Millionen. Der außerordentliche Arbeitskräftemangel im Ruhrbergbau während der unmittelbaren Nachkriegsjahre war schwer zu bewältigen. Zum einen war das Ruhrgebiet während des Kriegs insgesamt entvölkert worden, dank gezielter Evakuierungen, zum anderen fiel mit den rund vier Millionen soldatischen Kriegstoten auch mancher deutsche Bergmann aus, und die etwa 150.000 Zwangsarbeiter des Ruhrbergbaus zogen es, das ist allerdings ein sehr differenzierter Vorgang, verständlicherweise vor, rasch in ihre Heimatländer zurückzukehren. Die Leutenot wurde sprichwörtlich im Bergbau der Nachkriegsjahre, und dieser Arbeitskräftemangel hielt bis weit über die „langen 50er Jahre“ hinaus an. Es war dies die Zeit, in der man Berglehrlinge und Bergjungleute aus allen Regionen der Bundesrepublik und insbesondere aus den Vertriebenen- und Flüchtlingsfamilien anzuheuern versuchte.⁶

3. Ab etwa 1956 zeichnete sich ab, dass im Zuge des Wirtschaftswunders das ansässige bzw. seit 1945 zugezogene Arbeitskräftepotenzial bald erschöpft sein würde. Beschäftigungen im Bergbau und in der Hüttenindustrie waren minderrangig, Arbeitskräfte mit besserer Berufsbildung zogen es längst vor, auch in bessere Positionen anderer Branchen einzurücken; gerade für die Vertriebenen und Flüchtlinge waren Bergbau und Hüttenindustrie häufig nur Eingangsberufe auf dem Weg ihres sozialen Aufstiegs. Das bezeichnet zum einen den Imagewandel, den das Berufsbild des Bergmanns seit Übergang der Branche in privatwirtschaftliche Verantwortung, also im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, durchlaufen hatte und den die Nationalsozialisten vergeblich aufzuhalten versucht hatten: Es war schlicht wenig attraktiv, unter Tage zu arbeiten, selbst wenn die Löhne vergleichsweise gut und die Arbeitszeiten jedenfalls bis 1918 vergleichsweise kurz waren. Es bezeichnet außerdem bereits den Prozess der sozialen Assimilation der Vertriebenen und Flüchtlinge, der heute gemeinhin, allerdings mit kritischen Untertönen, als eine großartige Erfolgsgeschichte der jungen Bundesrepublik gefeiert wird. Seit etwa 1956/57 kamen nun, gefördert durch gezielte Werbemaßnahmen auch unter politischer Steuerung im Rahmen der eben gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Welle für Welle die südeuropäischen Nationen, und zwar zunächst die Italiener als EWG-Bürger.⁷ Die Arbeitsmärkte der EWG waren bald erschöpft, der Bergbau zog nun, etwa

5 Einen guten Überblick der wesentlichen Vorgänge und der wichtigen Literatur bietet Karl Christian Führer: Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen in Deutschland nach 1945, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte Heft 1/2001, S. 3–13.

6 Zentral ist Mark Roseman: Recasting the Ruhr, 1945–1958. Manpower, Economic Recovery and Labour Relations, New York/Oxford 1992.

7 Zu diesen s. jetzt, mit der weiteren Literatur, Ivonne Rieker: Südländer, Ostagenten oder Westeuropäer? Die Politik der Bundesregierung und das Bild der italienischen Gastarbeiter 1955–1970, in: Archiv für Sozialgeschichte 40 (2000) S. 231–258; vgl. ferner Dietrich Thränhardt: Die eingewanderten „Ausländer“ im Ruhrgebiet, in: Jan-Pieter Barbian/Ludger Heid (Hg.): Die Entdeckung des Ruhrgebiets. Das Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen 1946–1996, Essen 1997, S. 379–394; Überblick: Cord Pagenstecher: Ausländerpolitik und Immigrantidentität. Zur Geschichte der „Gastarbeit“ in der Bundesrepublik, Berlin 1994.

in dieser Reihenfolge, griechische, spanische und portugiesische, jugoslawische, marokkanische und mit einem Höhepunkt in den Jahren 1965 und 1966 und in einem Umfang von etwa 2.000 Arbeitern auch südostasiatische Arbeitskräfte (Südkoreaner und Japaner) an.

4. Die vorläufig letzte Zuwanderungswelle bestand aus türkische Arbeitern aus ländlichen, aber auch städtischen Regionen der Türkei. Deren Zuwanderung⁸ begann etwa 1961 mit einigen Hundert und erreichte fünf Jahre später schon 10.000; die türkische Zuwanderung überlappte sich mithin in den 1960er Jahren mit der noch anhaltenden Zuwanderung aus europäischen Herkunftsländern. Mit einiger Zurückhaltung unterscheidet sich mithin die türkische Zuwanderungswelle von derjenigen der anderen Nationen, weil offenbar die Integrationsproblematik dies verlangt.

Es bezeichnet eine der interessantesten Fragen der historischen Migrationsforschung, ob und in welchem Umfang diese Zuwanderungswellen vergleichbare Merkmale aufgewiesen haben. Das kann im Folgenden nicht in hinreichendem Detail behandelt werden, aber wie es scheint, konzentriert sich die Forschung in jüngster Zeit auf den polnisch-türkischen Vergleich,⁹ und auch im Folgenden soll, mit dem Ziel eines besseren Verständnisses der Assimilationsproblematik und deshalb unter dem – stets in Frage zu stellenden – Leitstern „Schmelztigel“, dieser „diachrone“ Vergleich vertieft werden.

Polnische und deutsche Arbeiter: Ein Schmelztiegel?

Wenden wir uns zunächst etwas genauer den Ruhrpolen zu.¹⁰ Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges dürften sie bis zu 500.000 Personen umfasst haben. Die Zahl schließt, zu vermutlich

- 8 Es liegt endlich eine genauere Untersuchung vor: Karin Hunn: „Nächstes Jahr kehren wir zurück ...“. Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik, Göttingen 2005; vgl. u. a. Aloys Berg: Polen und Türken im Ruhrkohlenbergbau. Ein Vergleich zweier Wanderungsvorgänge mit einer Fallstudie über „Türken im Ruhrgebiet“, phil. Diss. Bochum 1990.
- 9 Vgl. die vorhergehende Anm. sowie Diethelm Blecking: Polish community before the First World War and present-day Turkish community formation. Some thoughts on a diachronist comparison, in: John Belchem/Klaus Tenfelde (Hg.): Irish and Polish Migration in Comparative Perspective, Essen 2003, pp. 183–200; Leo Lucassen: Poles and Turks in the German Ruhr Area: Similarities and Differences, in: *ibid.* et al. (eds.): Paths of Integration. Migrants in Western Europe (1880–2004), Amsterdam 2006, pp. 27–45.
- 10 Ich stütze mich vornehmlich auf Christoph Kleßmann: Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft, Göttingen 1978; s. ferner Valentina Maria Stefanski, Polnische Arbeitsmigranten im Ruhrgebiet. Zum Prozeß der Emanzipation und Integration von Ausländern, Dortmund 1984, die o. zit. Untersuchungen von Murphy und Peters-Schildgen sowie Krystyna Murzynowska: Die polnischen Erwerbsauswanderer im Ruhrgebiet während der Jahre 1880–1914, Dortmund 1979; ferner: Ralf Karl Oenning: „Du da mitti polnischen Farben ...“. Sozialisierungserfahrungen von Polen im Ruhrgebiet 1918 bis 1939, Münster 1991; Dittmar Dahlmann u. a. (Hg.): Schimanski, Kuzorra und andere. Polnische Einwanderer im Ruhrgebiet zwischen der Reichsgründung und dem Zweiten Weltkrieg, Essen 2005; Hans Jürgen Brandt (Hg.): Die Polen und die Kirche im Ruhrgebiet 1871–1919. Ausgewählte Dokumente zur pastoralen und kirchlichen Integration sprachlicher Minderheiten im Deutschen Kaiserreich, Münster 1987. Einen knappen Überblick bietet jüngst Dietmar Osses: Ruhrpolen –

einem Drittel, die Masuren ein, die protestantischen Glaubens waren und sich immer dagegen gewehrt haben, zu den Polen gezählt zu werden.¹¹ Etwa ein Drittel dieser Gesamtgruppe war bereits im Ruhrgebiet geboren, und von ihnen wurde um 1920 berichtet, dass die Kinderzahl ihrer Familien abnehme – ein deutliches Indiz für urbane eher denn nationale Assimilation. Bei Kriegsausbruch arbeiteten etwa 130.000 Zuwanderer aus den vier östlichen preußischen Provinzen im Ruhrbergbau, das war recht genau ein Drittel der Gesamtbelegschaft, umfasste aber auch deutsche Zuwanderer; über die polnischen Arbeiter in der Hüttenindustrie und in sonstigen Gewerben ist wenig bekannt. Allerdings wissen wir aus den Bevölkerungszählungen die genaue Zahl der polnisch sowie der polnisch und deutsch Sprechenden in den drei Regierungsbezirken des Ruhrgebiets. Das waren 1910 281.000 Menschen, hinzu kamen noch 22.000 Masuren. Das waren allerdings die Angaben der offiziellen Statistik, die sozusagen germanisiert erscheint; verwaltungsmäßig rechnete man im Jahre 1912 in den drei Regierungsbezirken mit knapp 300.000 Polen und knapp 160.000 Masuren, und das waren knapp 10 Prozent der Bevölkerung in denjenigen Gemeinden, in denen überhaupt Polen und Masuren lebten. Die Regionen mit den meisten Polen waren die Stadt und das Land Recklinghausen, (Gelsenkirchen-)Buer, Dortmund-Land, die Stadt Herne und die Stadt Hamborn sowie Gelsenkirchen-Land, diese mit 10 bis 23 Prozent polnischer Bevölkerung; fast 10 Prozent zählten ferner der Landkreis Bochum sowie die Städte Gelsenkirchen und Oberhausen. Dabei sind die Masuren in Gelsenkirchen nicht mitgezählt.

Unter den stets jungen polnischen und masurischen Zuwanderern mangelte es zunächst an Frauen; 1890 waren erst 40 Prozent der im Ruhrgebiet ansässig gewordenen polnisch-masurischen Zuwanderer Frauen, aber für diese Zeit muss man bereits davon ausgehen, dass in Fällen geglückter Familiengründung die Geschlechter der Kinder paritätisch in die Zählungen eingingen. Im Jahre 1910 waren nicht weniger als 46 Prozent der gesamten polnischen und masurischen Bevölkerung Kinder! Offenbar gelang es den Masuren besser als den Polen, aus ihren heimatlichen Regionen junge Frauen an sich zu binden; im Jahre 1912 entfielen bei den Polen, rechnet man die Kinder heraus, erst 64 Frauen auf 100 Männer. Vermutlich begünstigte diese Differenz, von anderen Folgen einer stark jugendlich-männlichen,

Westfalczycy. Polnische und polnischsprachige Zuwanderer im Ruhrgebiet, in: *Industrie-Kultur* 2/2006, S. 30, vornehmlich zur musealen Dokumentation der polnischen Zuwanderung. Über die gewerkschaftliche Formierung s., neben Kleßmann, bes. John J. Kulczycki: *The Foreign Worker and the German Labor Movement. Xenophobia and Solidarity in the Coal Fields of the Ruhr, 1871–1914*, Oxford/Providence 1994; ders.: *The Polish Miners' Union and the German Labor Movement in the Ruhr, 1902–1934. National and Social Solidarity*, Oxford/New York 1997. Vergleiche bieten Belchem/Tenfelde (eds.): *Migration*; A. P. Versteegh: *De onvermijdelijke afkomst? De opname van Polen in het Duits, Belgisch en Nederlands mijnbedrijf in de periode 1920–1930*, Hilversum 1994; jetzt bes.: Lucasen et al. (eds.): *Paths of Integration*; dieser Band enthält eine ausführliche Bibliographie der internationalen Migrationsforschung.

11 S. etwa Claudia Schmidt: „Dieses einst so verlockende Ruhrland ...“ Migranten und Migrantenkultur der Polen und Masuren in Gelsenkirchen vor dem Ersten Weltkrieg, in: Stefan Goch/Lutz Heidemann (Hg.): *100 Jahre Bismarck. Ein Stadtteil „mit besonderem Erneuerungsbedarf“*. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart eines Gelsenkirchener Stadtteils, Essen 2001, S. 55–65; zu den Masuren s. insgesamt das Buch von Andreas Kossert: *Masuren. Ostpreußens vergessener Süden*, Berlin 2001.

ledigen Zuwanderer-Generation für deren Assimilationsfähigkeit und beispielsweise für ihr Freizeitverhalten ganz abgesehen, doch in erheblichem Umfang die in der Forschung nachgewiesene, beachtliche Bereitschaft zu inter-ethnischen Eheschließungen zwischen jungen polnischen Schleppern und Hauern und den Töchtern deutscher Bergarbeiter.¹² Der Anteil derjenigen Polen und Masuren, die deutsche Männer oder Frauen heirateten, stieg schon vor 1914 deutlich an, lag etwa bei den Männern schon über 5, bei den Frauen über 3 Prozent.

Bei Kriegsausbruch war jedoch mindestens ein Drittel der polnischen und masurischen Bevölkerung unverheiratet. Diese jungen Menschen waren besonders mobil, und es dürften diese gewesen sein, die mit Kriegsende am ehesten frei genug waren, Entscheidungen über ihren weiteren Verbleib zu treffen. Dass sich freilich in den polnischen und masurischen Bevölkerungsteilen eine ethnisch zugehörige kleingewerbliche Kultur entwickelt hatte, dürfte in diesen Berufen eine neuerliche Mobilisierungs-Entscheidung vermutlich eher behindert haben. Man kann an der Anzahl solcher Kleingewerbetreibenden die Entfaltung dieser Sonderkultur ersehen. Es gab kleine Geschäftsinhaber und selbstständige Berufsausübung besonders unter Gemüse- und Kolonialwarenhändlern, unter Schneidern und Schuhmachern sowie als Hebammen.

Die offenkundig sesshaft werdende fremdsprachige Bevölkerung des Ruhrgebiets ist dann in besonderem Maße in den Strudel der Nachkriegsereignisse geraten. Das „Ruhrpolentum“ zerfiel, wobei die Hyperinflation und Ruhrbesetzung sowie die anschließende Stabilisierungskrise vielleicht entscheidender wirkten als die politischen Ereignisse zum Kriegsende.

Denn die Aussichten für eine dauerhafte Beschäftigung gerade auch der jugendlichen Bergarbeiter waren nach Stabilisierung der deutschen Währung im Spätherbst 1923 und während der dadurch ausgelösten Arbeitsmarktkrise sehr schlecht. In diese Situation traf, noch auf dem Höhepunkt der Beschäftigung, die Optionsregelung von 1922, wonach ehemals preußisch-deutsche Staatsbürger aus den vormals preußischen Gebieten und sonstwie sich zu dem neuen polnischen Staatsgebiet rechnende Menschen wählen konnten, ob sie verbleiben, an andere Orte oder zurück in das neue Staatsgebilde wandern wollten. Über die Ergebnisse der Optionsbewegung ist nichts Genaues bekannt. Manches spricht dafür, dass jeweils rund ein Drittel sich für eine der drei Möglichkeiten entschieden hat, was den durch Rationalisierung erzwungenen Belegschaftsabbau im Ruhrbergbau seit 1924 maßgeblich erleichterte. Es gab dabei riesengroße Probleme. Etwa wurde den Ruhrpolen im Jahre 1923 weitgehend fälschlicherweise Kollaboration mit der französischen Besatzungsmacht unterstellt; eher schon stimmte, dass Belgier und Franzosen viele Ruhrpolen erfolgreich zur Weiterwanderung in die Fördergebiete um Charleroi und Nord-Pas de Calais bewegen konnten. Problematisch war vor allem die Rückwanderung, hatten die sich dafür entscheidenden Polen doch in ihrem neuen Staat einen bei weitem niedrigeren Lebensstandard zu gewärtigen, zu schweigen vom Fehlen und schlechten Funktionieren der im Aufbau befindlichen staatlichen Ordnung. Viele dachten daran, den Auszug nach schlechten Erfahrungen in der „neuen“ Heimat rückgängig zu machen, aber das war jetzt äußerst schwierig in einer mit

12 Hierzu bes. Murphy: Gastarbeiter.

schweren Ressentiments aufgeladenen gesamtpolitischen Situation, in der die Abstimmungskämpfe in Oberschlesien und Teilen Ostpreußens den polnisch-deutschen Gegensatz allgemein verschärft hatten.

Für das verbleibende, vielleicht zahlenmäßig stärkste Drittel kann man aus leicht ersichtlichen Gründen eine hohe Assimilationsbereitschaft unterstellen. Von den von der amtlichen Sprachstatistik vermerkten 274.000 Menschen im Jahre 1910, die die polnische Sprache als Muttersprache angaben oder feststellten, dass sie zugleich deutsch und polnisch sprachen, sind bei der Zählung 1925 nur noch 69.000 übriggeblieben. Wenn es im Jahre 1910 etwa im Raum Herne zumal in den inzwischen eingemeindeten Vororten noch rund ein Viertel der Bevölkerung gewesen war, das sich zur polnisch-masurischen Herkunft bekannten, so blieben davon bei der Bevölkerungszählung von 1925 noch leicht über zwei Prozent übrig. Das Assimilationsproblem wurde mithin strukturell entschärft. Mit anderen Worten: Wer blieb, der sandte seine Kinder ganz gezielt zum deutschen Sprachunterricht, in deutsche Schulen, mochte auch seinen Namen bald germanisieren.

Entgegen der Erwartung sind die verbliebenen Ruhrpolen, deren Konfessions-, Gewerbe- und Sprachkultur immerhin bis zur Weltwirtschaftskrise noch einigermaßen funktioniert haben dürfte, mit der Machtanmaßung der Nationalsozialisten 1933 keineswegs endgültig unterdrückt worden. Weltwirtschaftskrise und Machtanmaßung dürften indessen zusätzlichen Assimilationsdruck ausgelöst haben. Eine gewaltsame Gleichschaltung der polnischen Organisationen erfolgte erst mit dem Überfall auf Polen im Jahre 1939.

Nach diesen Hinweisen muss es schwerfallen, mit Blick auf die Ruhrpolen der Arbeiterbevölkerung der Region eine bereitwillige Verschmelzung zu unterstellen und einzig vor diesem Hintergrund, und ganz unbeschadet der Integrationsbereitschaft der ansässigen deutschen Bevölkerungen, von einem „Schmelztiegel Ruhrgebiet“ zu sprechen. Es handelte sich offenkundig um eine Restverschmelzung unter Druck, die nach 1945 noch einmal mittelbar durch die erneute Durchschüttelung der ansässigen Bevölkerung vorangetrieben wurde.

Nachkriegs-Zuwanderungen

Jetzt nämlich kamen ganz andere Menschen, deren Assimilationspotenzial ganz anders einzuschätzen ist. Man muss sich zunächst vergegenwärtigen, dass das Ruhrgebiet seit 1943 durch zahlreiche Evakuierungen entvölkert worden war und dass in den ersten Jahren nach der Kapitulation in vielen Großstädten wegen der hohen Zerstörungsgrade Zuzugssperre herrschte.¹³ Etwa 150.000 Zwangsarbeiter waren während der letzten Kriegsmomente allein im Bergbau beschäftigt gewesen, und diese haben zusammen mit sonstwie Entwurzelten und KZ-Häftlingen die große Schar der „displaced persons“ gebildet, deren weitere Lebensperspektive, denkt man an – in ihrer Heimat künftig vielfach und langwährend diskrimi-

13 Vgl. zum Folgenden statt zahlreicher Hinweise zuletzt Klaus Tenfelde (Hg.): *Befreites Land. Vom ‚Ruhrkessel‘ zur Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen*, Bochum 2005, darin bes. der Beitrag von Jörg Echternkamp: *Der „Ruhrkessel“ und die Ruhrgebietsbevölkerung im Frühjahr 1945*, S. 7–19.

nierte – sowjetische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter, keineswegs eindeutig auf „Heimat“ gestimmt war. In der Ruhr-Industrie herrschte denn auch, nicht zuletzt wegen der Kriegstoten, starker Arbeitermangel.

Welche Folgen dies hatte, mit welchen Mitteln der Mangel wenigstens teilweise behoben wurde und wer die neuen Bergleute waren, die bis zum Beginn der großen Bergbaukrise im Ruhrgebiet arbeiteten, das wenigstens ist mit der Untersuchung von Mark Roseman einigermaßen erforscht worden.¹⁴ Wenig ist hingegen in der sozialgeschichtlichen Forschung bisher m. W. darüber bekannt, in welchem Umfang Vertriebene und, besonders dann in den 50er Jahren bis zum Mauerbau 1961, Flüchtlinge aus der DDR ins Ruhrgebiet kamen; die Datenglage stellt sich im Allgemeinen stets NRW-bezogen dar.¹⁵ Nicht einmal Schätzungen erscheinen mir zum gegenwärtigen Zeitpunkt möglich, aber es muss darauf hingewiesen werden, dass beispielsweise in den Verwaltungsberichten der Städte reiches Material bereit liegt. Für die Stadt Herne habe ich dies geprüft – und bin zu der Ansicht gekommen, dass die Nachkriegs-Zuwanderung dieser Bevölkerungsgruppen die Stadtverwaltungen bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit beansprucht hat, dass sie über Jahre hinweg stets neue Improvisationsleistungen verlangte und letztlich sehr erfolgreich war.¹⁶ Es soll noch einmal erwähnt werden, dass in der Forschung die verbreitete „success story“ von der Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge, insgesamt für Westdeutschland bis zu 14 Millionen Personen, jüngst auch kritisiert worden ist, aber die grundsätzliche Richtung der Interpretation ist wohl nicht zu bestreiten.

Im Ruhrbergbau hatten der Auszug der Zwangsarbeiter, der Ausfall der kriegstoten Bergarbeiter und vermutlich sonstige Wegzüge zu einer starken Überalterung der Belegschaften geführt – das Durchschnittsalter der Hauer betrug 1947 nicht weniger als 43 Jahre. Gegenüber der Vorkriegszeit war auch deshalb, im Wesentlichen jedoch wegen Raubbaus in den Kriegsjahren, wegen ausgebliebenen Investitionen etwa in der bergmännischen Vorrichtung und veralteten Maschinenausrüstungen, die Produktivität um etwa ein Drittel gesunken. Im Herbst 1945 erreichte der Belegschaftsstand rund 70 Prozent des Standes von 1938, die Förderung jedoch nur rund 36 Prozent. Trotz einer dezidierten Zuwanderungspolitik gelang es in den Folgejahren nur höchst unvollkommen, den tatsächlichen Arbeiterbedarf zu befriedigen. Das hing vor allem damit zusammen, dass stärker als je zuvor im Bergbau zwei unterschiedliche Erfahrungswelten aufeinander prallten: Kaum noch war vom Stolz der Bergarbeiter die Rede, Bergarbeit galt als die schmutzige Arbeit der Minder-Qualifizierten, galt als Eingangsberuf zumal für diejenigen, denen die Zeitumstände die Not der Wanderung abverlangten. Und andererseits: Der immense Kohlenbedarf der Nachkriegsjahre zwang zu

14 Vgl. o. Anm. 6.

15 S. etwa den ansonsten informativen und problemorientierten Beitrag von Alexander von Plato: Flüchtlinge, Umsiedelte und Vertriebene zwischen Ost und West, in: Jan-Pieter Barbian/Ludger Heid (Hg.): Zwischen gestern und morgen: Kriegsende und Wiederaufbau im Ruhrgebiet, Essen 1995, S. 106–123.

16 Klaus Tenfelde: Herne und das nördliche Ruhrgebiet: Sozialer Wandel in hundert Jahren Stadtgeschichte, in: Bert Becker/Horst Lademacher (Hg.): Geist und Gestalt im historischen Wandel. Festschrift für Siegfried Bahne, Münster etc. 2000, S. 309–412.

außergewöhnlichen Maßnahmen, so dass Bergarbeiterwohnungen als erste instandgesetzt und spezielle Wohnungsbauprogramme aufgelegt wurden, Schwerstarbeiterprämien in der Ernährungsnot gerade den Berg- und Hüttenarbeitern zugute kamen und bald mit der staatlichen Bergmannsprämie ein Sonderbonus in die Taschen der Bergleute gelangte. In den 50er Jahren wurde der Bergbau damit zum typischen Eingangsberuf der in das Ruhrgebiet strömenden Vertriebenen und Flüchtlinge. Während des Gesamtzeitraums mussten jährlich ca. 20 Prozent der Gesamtbelegschaft neu angeworben werden, von denen also die große Mehrzahl den Bergbau so bald wie möglich wieder verließ, um anderwärts, begünstigt durch die Wirtschaftswunderjahre, eine anscheinend angenehmere Beschäftigung zu finden. Außerdem war die Fluktuation außerordentlich hoch. Insbesondere betrieb man jetzt zunehmend die Einstellung jugendlicher Arbeiter als Lehrlinge; es begann die große Zeit der Berglehrlingsheime.

In gewissem Umfang überrascht nun, dass die Politik der „Verjugendlichung“ der Belegschaften auch in den Jahrzehnten der Kohlenkrise weitgehend beibehalten, ja, verstärkt worden ist. Diesem Umstand kam zunächst das wiederum niedrige Durchschnittsalter der nun zuwandernden Ausländer entgegen, aber durchgängig ist eben auch besonderer Wert darauf gelegt worden, zu einer besser qualifizierenden Ausbildung zu kommen und damit für junge ansässige Menschen, die Kinder der Ruhrbevölkerung, attraktiver zu werden als zuvor. Dem diente zumal in den 1960er Jahren die bisher leider gleichfalls unerforschte Diversifikation der Ausbildungsziele.

Durchgängig blieb der Bergbau aber im Wesentlichen ein Eingangsberuf. Das galt gerade auch für die Wellen an Zuwanderern, die seit etwa 1957 angeworben worden sind. Es ist immer noch weitgehend unklar, in welchem Umfang diese Zuwanderer ihre Beschäftigung von vornherein als transitorisch verstanden und sie deshalb, in ihre Heimat zurückkehrend, nach wenigen Jahren beendeten bzw., in welchem Umfang sie in der Region verblieben sind; unsere Ausländerstatistiken, die zwischen den Jahren der Bevölkerungszählung fortgeschrieben worden sind, enthalten stets nur Bilanzen, subsumieren mithin die Zuzüge und die Wegzüge, so dass der tatsächliche Umfang der Wanderungsbewegung nicht leicht erkennbar wird. Mit guten Gründen nimmt die Migrationsforschung jedoch an, dass der ursprünglichen Wanderungsentscheidung bei Zuwanderern aus den südeuropäischen Ländern, vor allem aber bei den bald folgenden Türken, fast immer der dezidierte Wille baldiger Rückkehr zugrunde lag.¹⁷

Aber man hat bereits Probleme, will man überhaupt den Anteil von Ausländern, und hierin die Anteile verschiedener Nationalitäten, in der Ruhrgebietsbevölkerung insgesamt sowie in den einzelnen Branchen der Ruhr-Industrie genauer bestimmen. Das beginnt natürlich bei der Bestimmung der Grenzen des Ruhrgebiets; es setzt sich fort, wenn man die Ausländer-Beschäftigung nach Branchen und die nachgewiesenen Ausländer in der Bevölkerung der Städte miteinander vergleicht. Allein innerhalb des Bergbaus gibt es dann die

17 Vgl. bes. die Untersuchungen von Yvonne Rieker (oben Anm. 7) sowie Hunn: *Türkische Gastarbeiter*, S. 74.

Knappschaftsstatistik, jene der einzelnen Betriebe bis zur Gründung der Ruhrkohle, die des Gesamtverbandes und die der IG Bergbau und Energie.¹⁸

Offenkundig begann eine bedeutendere Ausländer-Beschäftigung, nachdem das Oberbergamt Dortmund mit Verfügung vom 2. Juli 1956 die geltenden bergpolizeilichen Bestimmungen dahingehend gemildert hatte, dass mit Ausnahmegenehmigung Ausländer dann im Untertage-Betrieb beschäftigt werden durften, wenn Sprachunterricht erteilt wurde und eine Übertage-Beschäftigung von mindestens sechs Wochen vorausging. Seit Ende 1956 stieg die Zahl der Ausländer im Bergbau deutlich an, Ende 1957 waren es schon über 9.000, das waren aber erst 2,4 Prozent, von denen knapp ein Drittel Italiener waren, der Untertage-Belegschaft.

Die nächststarke Ausländergruppe waren bereits die Jugoslawen. Die Italiener blieben bis 1962 die stärkste Ausländergruppe, aber Anwerbungen fanden jetzt auch in Griechenland und Spanien statt, und 1961 kamen die ersten Türken in das Ruhrgebiet. Ihr Anteil nahm fortan rasch zu. Ende 1973 beschäftigte die Ruhrkohle AG beinahe 21.000 Ausländer, während die Anteile aus den weiteren fünf noch selbstständig verbliebenen Bergbau-Gesellschaften noch deutlich höher liegen konnten, so beim Eschweiler Bergwerks-Verein und auf Sophia-Jacoba im Aachener Raum. Insgesamt beschäftigte der deutsche Steinkohlenbergbau im engeren Sinne, also die Zechenbetriebe, zu diesem Zeitpunkt knapp 26.000 Ausländer. In knappschaftlich versicherten Betrieben waren sogar 38.000 Menschen beschäftigt, was die Fülle der Versorgungs- und Versicherungsbetriebe einschließt. In ihrem Bericht für 1972/73 vermerkte die IG Bergbau bereits: „Die Spanier und Italiener gelten als integriert. Sie arbeiten meistens 10 Jahre und länger im Bergbau.“¹⁹

20–25 Prozent der bergbaulichen Gesamtbelegschaften waren fortan Ausländer, und unter ihnen nahmen die Türken seit den 1970er Jahren den mit Abstand größten Platz ein. Seit den 70er Jahren, und anhaltend bis heute, haben sie der Ruhr-Kultur bedeutende Farbtupfer beigefügt, während die anderen Ausländergruppen, unter ihnen noch am stärksten die Italiener und die Menschen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens, bestenfalls noch in der Gaststätten-Kultur und verschiedentlich mit eigenen Vereinen, die allerdings kaum je in den Vordergrund treten, erkennbar sind.

18 Näheres s. in Dietrich Thränhardt: Die eingewanderten „Ausländer“ im Ruhrgebiet, in: Barbian/Heid (Hg.): Entdeckung des Ruhrgebiets, S. 379–394, wesentlich auf der Grundlage der Landesstatistik Nordrhein-Westfalen mit Schwerpunkt auf den frühen 1990er Jahren.

19 Hier und im Folgenden stütze ich mich auf eine Durchsicht der Jahrbücher und der Geschäfts- bzw. Jahresberichte der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie sowie des Gesamtverbandes für den deutschen Steinkohlenbergbau seit den 1960er Jahren (aus diesen Quellen alle Zitate) sowie auf Hilfestellungen, für die ich mich bedanke, durch das Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (Mitgliederentwicklung der Ausländer im DGB nach den dort archivierten Unterlagen des DGB-Bundesvorstandes), durch „Statistik der Kohlenwirtschaft e. V.“, Essen/Köln (Ausländerbeschäftigung im Bergbau nach Nationalitäten seit 1980) und durch den Hauptvorstand der IG Bergbau, Chemie, Energie, Abt. Ausländische Arbeitnehmer. Dr. Gustav Seebold und Mitarbeiter der Bibliothek des Ruhrgebiets, Bochum, haben bei der Beschaffung geholfen. Das Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, verfügt über die vermutlich dichteste gewerkschaftliche Überlieferung zur Nachkriegs-Zuwanderung.

Ausländer-Integration in der Bergarbeitergewerkschaft

Seit den frühen 1980er Jahren war die Anzahl der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer jedenfalls im Ruhrbergbau kontinuierlich rückläufig, und zwar anscheinend im ungefähren Umfang der allgemeinen Belegschaftsreduktionen. Anfang der 80er Jahre gab es noch etwa 25.000 Ausländer im Ruhrbergbau einschließlich Ibbenbürens, davon entstammten etwa 19.000 Arbeiter der Türkei, und die übrigen Nationalitäten blieben deutlich unter jeweils 1.000 – nach wie vor waren Italien und das damalige Jugoslawien die nach der Türkei am stärksten vertretenen Herkunftsländer. Bis 1990 hatte sich die Zahl der beschäftigten Ausländer im Ruhrbergbau auf 18.000 vermindert. Unter ihnen waren weiterhin noch 16.000 Türken und sonst, außer den Jugoslawen, nur sehr kleine Gruppen aus weiteren Ländern. Die letztverfügbaren Daten stammen vom April 2001. Es gab zu dieser Zeit noch etwa 5.400 Ausländer unter den Bergbau-Beschäftigten Über- und Untertage, unter ihnen entstammten 4.700 der Türkei.

Unter den türkischen Beschäftigten gab es 2001 nur 63 Angestellte, das sind nur etwa 1,4 Prozent, während von den nur noch 744 sonstigen Ausländern im April 2001 immerhin 16 Prozent Angestellte waren. Man kann hieraus auf ein Integrationsdefizit der türkischen Beschäftigten am Arbeitsplatz insofern schließen, als Aufstiegswege, vermutlich weithin aus sprachlichen Gründen, weiterhin verschlossen bleiben. Das bestätigt sich, wenn man nur die untertägige Belegschaft betrachtet: Der Anteil der Türken in Aufsichts- und technischen Führungspositionen ist dort noch geringer, es handelte sich (2001) um ganze 27 Personen.

Einen anderen Eindruck bekommt man, wenn man den Blick auf die gewerkschaftliche Integration der Ausländer richtet.²⁰ Schon Anfang der 1970er Jahre vermutete die Gewerkschaft, dass der Organisationsgrad der ausländischen Arbeitnehmer über demjenigen der deutschen liege: „Kurze Verweildauer und Sprachschwierigkeiten standen bisher einer Integration entgegen. Die Situation beginnt sich zu ändern.“ Man konzentrierte die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zunächst auf die türkischen Betriebsräte und Vertrauensleute und führte Internatslehrgänge, zentrale Wochenendschulungen, Vertrauensleutekonferenzen und umfassende schriftliche Informationskampagnen durch. Für den Zeitraum 1973–1975 berichtete die Gewerkschaft, dass die Fluktuation der ausländischen Arbeitnehmer abnehme, die Verweildauer mithin zunehme und der Familiennachzug sich verstärke; jetzt war auch sicher: Der Organisationsgrad der ausländischen Arbeitnehmer lag noch über dem im Bergbau an sich schon sehr hohen Durchschnitt der deutschen. Es gebe bereits einen aktiven und beständigen Kern ausländischer Vertrauensleute und Betriebsräte, hieß es. Während 1970 noch 72 Prozent der türkischen Arbeitnehmer in Wohnheimen lebten, waren es Ende des Jahrzehnts nur noch 17 Prozent, aber 47 Prozent waren in Werkswohnungen und 23 Prozent in Fremdwohnungen untergebracht worden – das bezeichnet klar den in diesem Jahrzehnt vollzogenen Prozess des Familiennachzugs²¹ und der beginnenden Integration in kommunale Daseinszusammenhänge. Der 1973 erlassene Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer veranlasste also vor allem die bereits Zugezogenen zu einer quasi-endgültigen Sess-

20 Vgl. bes. Hunn: Türkische Gastarbeiter, S. 120–136.

21 Ebd., S. 408–422.

haftwerdung. Um 1980 nahm die Gewerkschaft auch bereits das Problem der Integration der Ausländerkinder in den Blick, in dem sie sich am „Institut für Ausländerfragen“ beteiligte. 1982, als 83 Prozent aller ausländischen Arbeitnehmer der Ruhrkohle AG Türken waren, lebten mehr als 87 Prozent aller ausländischen Arbeitnehmer mit ihren Familien in der Bundesrepublik. Die Wohnversorgung dieser Arbeitnehmer wurde aber nach wie vor als ein schwieriges Problem bezeichnet. Im September 1983 fertigte die Gewerkschaft eine umfassende Studie über die „Wohnsituation der türkischen Mitarbeiter bei der Ruhrkohle AG“ an. Das Ziel war klar: Man bemühte sich um „Wege zur Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien“, und dazu bedürfe es, so hieß es zu Anfang der 1980er Jahre, „der aktiven Mitwirkung der türkischen Kollegen“. Dafür gab es in den Ruhrbezirken der Gewerkschaft und im Bezirk Rheinland inzwischen Arbeitskreise. Eine wichtige symbolische Handlung dürfte sich mit der Unterstützung der Hinterbliebenen eines schweren Grubenunglücks in der Türkei am 7. März 1983 verbunden haben. Sorgsam beobachtete man jetzt auch die Beteiligung der ausländischen Arbeitnehmer an der betrieblichen Mitbestimmung. Nur die Arbeiter, nicht die Angestellten sind hier von Belang: Mit ganz wenigen Ausnahmen wurden alle Betriebsratsmandate durch die IG Bergbau und Energie besetzt. 1987 entfielen 5,6 Prozent der Mandate für alle Arbeitnehmer auf Ausländer, und unter diesen betrug der Anteil der türkischen Betriebsratsmitglieder ziemlich genau drei Viertel. Er hatte schon 1975 sogar etwas höher gelegen. Im Ganzen kann man feststellen, dass der Anteil türkischer Betriebsratsmitglieder an allen Mandaten nur um wenige Prozentpunkte unter dem Anteil der türkischen Arbeitnehmer an allen ausländischen Beschäftigten gelegen hat. Man kann nicht umhin, diesen Umstand auf eine sehr gezielte integrierende innere Gewerkschaftspolitik zurückzuführen.

Nicht ohne Stolz wies die Gewerkschaft deshalb zu Beginn der 1990er Jahre darauf hin, dass man tatsächlich 98,6 Prozent aller ausländischen Arbeitnehmer organisierte. Jetzt mischte sich auch ein neuer Ton in die Ausländerpolitik. Mit gewisser Schärfe kritisierten die Gewerkschafter die Neuregelung des Ausländerrechts zum 1. Januar 1991, weil man auf dieser Grundlage „den sicheren Aufenthalt von unerfüllbaren Bedingungen abhängig“ mache. Dieses Ausländergesetz war nach Ansicht der IG Bergbau und Energie „schon mit Inkrafttreten“ reformbedürftig. Man beklagte die eingebauten rentenversicherungsrechtlichen Hemmschwellen, sah auch, dass die „Forderung nach ausreichendem Wohnraum zum aufenthaltsrechtlichen Fallbeil“ gerade für junge Familien werde, deren Kinder in Deutschland geboren würden, und forderte, in diesen Punkten gemeinsam mit dem DGB, ein neues Ausländergesetz, das Teil eines Gesamtkonzeptes einer Zuwanderungspolitik der Bundesrepublik sein müsse, zur Verständigung zwischen Ausländern und Deutschen beizutragen habe und mithin auf „absoluten Aufenthaltsschutz“ zielen müsse: Das Gesetz „muss Regelungen schaffen, die richtungweisend für das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalität in einem künftigen Europa sind.“ In Recklinghausen fand seit 1970 regelmäßig jährlich eine Tagung für deutsche und ausländische Betriebsräte statt, und 1991 fand man schließlich Veranlassung, die nun im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung sich mehrenden Übergriffe auf ausländische Arbeitnehmer und Asylbewerber mit Vehemenz zu kritisieren. Aus der Sicht der Gewerkschaft standen die eben bezeichneten, neuen

ausländerrechtlichen Regelungen in einem engen Zusammenhang mit jenen Übergriffen, wenn dies auch nicht deutlich zum Ausdruck gebracht wurde. Der Ton verschärfte sich nun: „Die Politik der sozialen Kälte treibt radikalen Rattenfängern immer mehr Anhänger in die Arme. Darunter befinden sich ganz besonders viele Jugendliche“. Sehr detailliert gingen die Berichte der Gewerkschaft nun auf das Problem ein, und innergewerkschaftlich wurden die Anstrengungen zur Integration der Arbeitnehmer deutlich verstärkt. Bei einem neuerlichen Grubenunglück in der Türkei, dem 1992 nicht weniger als 263 türkische Bergleute zum Opfer fielen, gab es wieder eine große Spendenaktion, die in der Anlage von Sparbüchern für die hinterbliebenen Kinder gipfelte. Man forderte eine Erleichterung der Einbürgerung nach Deutschland und die Zulassung einer Doppelstaatsbürgerschaft sowie Ausländerbeiräte in solchen Städten, in denen mehr als 5.000 Ausländer wohnten.

Anfang der 1990er Jahre hatte dann auch der Anteil der türkischen Betriebsratsmitglieder den Anteil der Türken an der Belegschaft ungefähr erreicht. Die Gewerkschaft dokumentierte nun bis ins Einzelne auch die Einbürgerungen aller ausländischen Arbeitnehmer, darunter insbesondere der Türken, und forderte das kommunale Wahlrecht für alle hier lebenden Ausländer, auch für jene aus Nicht-EG-Ländern. In den weiteren Berichten der Gewerkschaft im letzten Jahrzehnt wurde dann insbesondere auf den Beitrag der ausländischen Arbeitnehmer zur Erhaltung des deutschen Sozialversicherungssystems sowie sogar auf ihren Anteil an der Gebürtigkeit hingewiesen; man beobachtete den Anteil von Schülerinnen und Schülern mit ausländischem Pass an den allgemeinbildenden Schulen und erfreute sich weiterhin eines Organisationsgrades der ausländischen Arbeitnehmer von 98 Prozent.

Dieser Bericht ließe sich vermutlich ergänzen. Es wäre nötig, die auf Integration zielenden Maßnahmen der Bergbauunternehmen bzw. der Ruhrkohle als Unternehmen genauer darzustellen, aber hierzu bedarf es weitergehender Quellenforschung. Anzunehmen ist, dass gerade die Montanmitbestimmung ein sehr wirksames Instrument einer progressiven Ausländerpolitik gewesen ist, denn die Gewerkschaft hätte sich bei unterschiedlichen Strategien in der Organisation, in der Öffentlichkeitspolitik und in der Unternehmenspolitik schweren Angriffen ausgesetzt.

Vergleiche

Dies alles nimmt man, in Kenntnis der Gewerkschaftsgeschichte, mit gewisser Verwunderung zur Kenntnis. Als gegen Ende des 19. Jahrhunderts das Problem der gewerkschaftlichen Integration der Ruhrpolen anstand, haben beide großen Verbände, der christliche und der sozialdemokratische Bergarbeiterverband, regelrecht versagt, so dass sich die Polen auf sich selbst verwiesen sahen und einen eigenen Verband gründen mussten, die polnische Berufsgewerkschaft, die dann erwarteter Maßen gegen Ende der Weimarer Republik stark an Bedeutung verlor. Man hatte das Problem gesehen, auch Maßnahmen eingeleitet, darunter die Herausgabe eines eigenständigen polnischen Verbandsblattes, aber man hatte augenscheinlich vor den Problemen kapituliert, die insbesondere durch die Bismarcksche Polen-

politik, die entschieden katholische Verwurzelung und die eigenen Lebensweisen der Ruhrpolen hervorgerufen worden waren.²²

Die Situation war anders seit den 1970er Jahren, und bei den türkischen Arbeitnehmern ist man selbst vor dem riesigen Religions- bzw. Konfessionsunterschied nicht zurückgeschreckt. Es wird dabei eine Rolle gespielt haben, dass die Türken sehr viel besser für die gewerkschaftliche Integration disponiert waren als die Ruhrpolen hundert Jahre zuvor: Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung war in der Türkei starken Repressionen ausgesetzt, ganz im Gegensatz zu Deutschland; türkische Arbeiter nahmen hier wohl auch mit Dankbarkeit eine ihnen sonst verwehrt Freiheit wahr. Sie dürften die gewerkschaftliche Organisation für wirklich selbstverständlicher gehalten haben als ihre deutschen Arbeitskollegen jedenfalls außerhalb des Bergbaus.

Damit sind die Möglichkeiten des Vergleichs der Integrations- und Assimilationsprozesse von Polen und Türken im Ruhrgebiet längst nicht erschöpft. Dabei sei unter „Integration“ die Anstrengung der Ansässigen, wie immer ausgeprägt, zur Aufnahme und Eingliederung verstanden, während „Assimilation“ das Bestreben der Zuwanderer bezeichnen soll, in der Aufnahmegesellschaft heimisch zu werden, auf welche Art auch immer.

Ein Kernproblem eines solchen „diachronen“ Vergleichs besteht selbstverständlich in den gänzlich verschiedenartigen systemischen Umständen, unter denen Integration und Assimilation stattfinden mussten, und deshalb nicht zuletzt in der Tatsache, dass die Integration der türkischen Zuwanderung noch bei weitem nicht abgeschlossen ist. Man muss, um zu sicheren Urteilen zu gelangen, in die zweiten und dritten Generationen, also in diejenigen Bevölkerungen schauen, die längst schon in der Bundesrepublik trotz ethnischen Hintergrunds mehr oder weniger integriert sind bzw. in Zukunft zu integrieren sind. An der Haltung und Aktionsbereitschaft der Gewerkschaften lässt sich der Unterschied leicht illustrieren: Im späten Deutschen Kaiserreich, als die polnische und masurische Zuwanderung (ab ca. 1895) ihren Höhepunkt erreichte, wurden Gewerkschaften von Seiten der Unternehmer kompromisslos bekämpft und von den Organen des Staats, soweit das eben noch mit dem geltenden Recht vereinbar erschien, unterdrückt. Nicht anerkannt zu sein, bedeutete für den Fall, dass man kraftvoll für die Integration der Zuwanderer in die eigenen Reihen eingetreten wäre, den Gegnern und Unterdrückern im Zeitalter aufgeregter „Germanisierung“ der Polen einen weiteren Unterdrückungsgrund zu liefern. Die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in einen christlich-katholischen und einen sozialdemokratischen Verband hätte überdies die Gefahr heraufbeschworen, dass sich die konfessionstreuen Polen noch eher in den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter (bzw. den Christlichen Metallarbeiterverband) hätten eingliedern lassen. Außerdem kamen die Zuwanderer in ein weithin „ungeordnetes“ Land, den oft so apostrophierten „wilden Westen“ Preußens, wo urbane Infrastrukturen erst zu entwickeln waren, es also beispielsweise an Bildungs- und Versorgungseinrichtungen mangelte, was der Unternehmenseite namentlich über den Werkwohnungsbaubau mittelbar zusätzliche Ordnungschancen eröffnete.

22 Vgl. hierzu, in nicht immer überzeugender Revision bisheriger Interpretationen, vor allem die Schriften von Kulczycki (s. o. Anm. 10).

Gänzlich anders war die Situation für den gewerkschaftlichen Integrationsagenten in der Nachkriegszeit. Die Einheitsgewerkschaft erlaubte eindeutig auf Integration gestimmtes Handeln, und die Montanmitbestimmung stützte solches Handeln durch wirksame Abstimmung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaft. Das machte die Probleme schneller erkennbar und legte die Entwicklung von Handlungsoptionen nahe. Kennzeichnend war hierfür der strategische Wechsel hin zu einer familienbezogenen Wohnungsbau- und -belegungspolitik, nachdem Mitte der 1970er Jahre im Falle der Türken der Familien-Nachzug offenkundig geworden war. Es ergab sich von selbst, dass die Gewerkschaft politische Optionen einer Zuwanderungs- und Integrationspolitik zu formulieren hatte, mittels derer gewerkschaftspolitische Interessen in der Innenpolitik erkennbar wurden. Dass in der gewerkschaftlichen Organisation nach innen und außen und insbesondere in den Betriebsräten, bei allen Schwierigkeiten etwa sprachlicher Art, auf möglichst weitgehende Repräsentation der Zuwanderer zu achten war, lag auf der Hand.

Auch was die allgemeine Integrationsbereitschaft der ortsanwesenden Bevölkerungen anging, in Sonderheit der Berg- und Hüttenarbeiterschaften, wird man – obwohl flächendeckende und dann einigermaßen repräsentative Erkenntnisse kaum zu gewinnen sind – von fundamental veränderten Voraussetzungen auszugehen haben. Allzu gern wird in der Urteilsbildung über dieses Problem auf anekdotische Einzelheiten der hier eingangs dargelegten Art zurück gegriffen, gern stützt man sich auf oft merkwürdige Beobachtungen, und ebenso gern wird, das scheint den Kern der Behauptung vom „Schmelztiegel Ruhrgebiet“ auszumachen, der Arbeiterbevölkerung eine besonders ausgeprägte Integrationsbereitschaft unterstellt: Das gemeinsame proletarische Los, so lautet etwa die aus der Geschichte der deutschen (und internationalen) Arbeiterbewegung überkommene Botschaft, vermöge noch am ehesten konfessionelle, ethnische, nationale Divergenzen einzuebnen oder zu überwinden.

Es ist jedoch keineswegs ausgemacht, dass Arbeiter solche Divergenzen eher beiseite lassen als Zugehörige anderer Schichten, und es muss einstweilen auch offen bleiben, ob etwa, wie vielfach angenommen wird, der eigenartige bergmännische Arbeitsplatz durch seine typischen Verrichtungen, die mit ihm verbundenen Mythen und Gefahren, Integration fördernde Einflüsse ausstrahlte. Zu den kennzeichnenden Erfahrungen, die mit Integration und Assimilation anderer Ethnien in Migrationsprozessen gemacht werden, gehört beispielsweise, dass die jeweils zuletzt angekommene Ethnie im Allgemeinen besonders stark, und zwar am stärksten von der jeweils zuvor angekommenen Ethnie, diskriminiert wird. „Mechanismen“ wie diese scheinen um so wirksamer zu sein, je ausgeprägter die Differenzen etwa in sprachlich-kultureller Hinsicht sind, so dass der relative Bildungsgrad hier wie dort auch über den Grad der Befähigung zur Integration bzw. Assimilation zu entscheiden scheint. Damit wird nicht behauptet, dass eher „bürgerliche“ Schichten grundsätzlich Integrations- und Assimilationsprozesse besser zu bewältigen vermögen, denn schließlich sind es diese Bildungsschichten, denen zugleich die Konstrukteure (und Agitatoren) ethnischer Differenz bis hin zur Konstruktion von Werthierarchien zwischen Zuwanderergruppen zu entstammen scheinen. Es gehört nun zu den wichtigsten Unterschieden zwischen beiden, hier in Rede stehenden Wandervorgängen, dass sich das ansässige Ruhrgebietsbürgertum der Kaiserzeit ziemlich tiefgreifend von jenem der zweiten Nachkriegszeit, und zwar mindestens

seit den 1960er und verstärkt seit den 1980er Jahren, unterschied. Vor 1914 beherrschte eine zahlenmäßig ziemlich schwache und meist in Diensten der Montanindustrie stehende Bildungselite im Ruhrgebiet das Feld; seit den 1960er Jahren erst schuf die Region selbst mittels ihrer nun errichteten Bildungseinrichtungen ihre eigene Elite. Überdies war das alte Bürgertum in ganz anderer Weise national gesinnt, als die neuen Mittelschichten gerade im Ruhrgebiet, aber auch im Allgemeinen nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur. Es dürfte äußerst schwer fallen, an einer modernen Ruhrgebiets-Universität Anzeichen von Ausländer- und Türken-Diskriminierung zu entdecken.

Zu den besonders wichtigen Unterschieden zwischen beiden Migrationsprozessen gehören bestimmte kollektive Merkmale der Migranten. Hier ist in erster Linie der Unterschied im Rechtsstatus als Staatsbürger zu nennen, der bis 1918 Einbürgerungsdiskussionen entbehrlich gemacht hatte. Im Zuge der europäischen Einigung sowie des Beitrittsersuchens der Türkei zur Europäischen Union wurde die Staatsbürgerschaftsfrage hingegen heiß diskutiert. Vielleicht noch wichtiger wirken Differenzen, die aus den – im Gegensatz zur polnischen Migration – sehr viel krasser unterschiedenen Glaubensgemeinschaften der Integrationsgesellschaft bzw. der türkischen Migranten resultieren. Die masurischen Zuwanderer sahen sich infolge ihrer Konfessionsidentität mit dem – im Kaiserreich – dominanten, durch das Kaiserhaus beinahe den Rang einer Staatsreligion einnehmenden und zudem die Bildungsschichten beherrschenden Protestantismus zu mancher nationalpolitischen Überidentifikation veranlasst, auch in Abgrenzung zu den polnisch-katholischen Arbeiterinnen und Arbeitern, unter denen, solange die nationalstaatliche Autonomie vorenthalten wurde, gerade die Glaubensgemeinschaft eine Art kollektiven Identitätssatz schuf. Das hat, neben anderem, die bis heute wirkenden Besonderheiten des nationalpolnischen Katholizismus entstehen lassen.

Eben diese fundamentalen Unterschiede lassen aber auch Gemeinsamkeiten erkennen. Das gilt etwa für die funktional jeweils äquivalenten Formen religiöser Vergemeinschaftung und Sozialisation, also für die Rolle der Religionsgemeinschaften als, wenn man so will, Verzögerer der Assimilation und Integration. Sowohl für die Polen als auch für die Türken scheinen die Glaubensgemeinschaften wichtige Orientierungsleistungen angesichts der äußerst herausfordernden Anpassungsprobleme, welche auf die Zuwanderer warteten, erbracht zu haben. Beide Migrantengruppen waren schlicht zu groß, um sich einer nur „schleichenden“ Assimilation unterziehen zu können, und das Siedlungsverhalten – ob nun durch den Werkwohnungsbaubau dirigiert oder durch die Prozesse sozialer Stadtviertel-Segregation in modernen Großstädten eher mittelbar beeinflusst – begünstigte „interne“ Vergemeinschaftungen, welche für sich nahe legten, die familienbezogenen Sozialisationen der Kindergenerationen auf Erhaltung der Herkunftsidentität abzustimmen. Schon deshalb wirkten diese beiden wichtigsten Wandlungsvorgänge schon kurz- und mittelfristig milieubildend und überschatteten darin die anderen ethnischen Gruppen, die zumal in der Nachkriegszeit vor den Türken zugewandert waren. Das bedeutete neben anderem, dass sich Sprachgruppen und Konfessionsgemeinschaften nach innen strukturierten, sich also eine interne Öffentlichkeit gaben und milieubezogene Dienstleistungen etablierten. Wegen der im Kaiserreich scharf gezogenen und politisch akzentuierten Milieugrenzen war dieser Prozess

vor 1914 sehr wirksam, während in der türkischen Zuwanderung die früher stark fremdbestimmten Abgrenzungen vermutlich eher durch autochthone, kultureigene Merkmale der Milieubildung ersetzt werden. Denn aus der muslimischen Kultur fließen etwa hinsichtlich der Stellung der Frauen in der Gesellschaft bekanntlich scharf unterscheidende Überzeugungen und Gewohnheiten.

Zu erwähnen sind schließlich – in dieser sicher vorläufigen Diskussion von Unterschieden und Gemeinsamkeiten²³ – diejenigen verbindenden Merkmale und Erfahrungen, welche für die Zuwanderer aus ihrer ganz vergleichbaren Stellung in den Arbeitsmärkten resultierten. Stets handelte es sich um junge Zuwanderer mit hoher Bereitschaft zur Familienbildung; typischerweise konzentrierten sich die Migrationen auf Altersgruppen zwischen 20 und 35 Jahren. Dabei dürften sich die Türken in weit stärkerem Maße als die Polen als bereits Verheiratete den Mühen und Hoffnungen der Fernwanderung unterzogen haben; der ausgeprägte Familiennachzug legt diese Annahme nahe. Auch hinsichtlich der Erwerbstätigkeit der polnischen bzw. türkischen, ledigen und verheirateten Frauen zeichnen sich deutliche, durch das Angebot an Frauenarbeitsplätzen bestimmte Unterschiede ab, denn die Montangesellschaft hatte nur verhältnismäßig wenige solcher Arbeitsplätze anzubieten, während die aufstrebende Dienstleistungsgesellschaft im Ruhrgebiet seit den 1960er Jahren gerade minder qualifizierten Arbeiterinnen oftmals bessere Chancen als den Arbeitern bot, im Berufsleben Fuß zu fassen.²⁴ Sowohl die Polen als auch die Türken waren bereit und imstande, jedwede Arbeit zu verrichten, und sie stillten deshalb durchgängig die Nachfrage nach Arbeitern (und in der Nachkriegszeit auch Arbeiterinnen) in den unteren, nicht oder gering qualifizierten Segmenten der Arbeitsmärkte. Das machte ihre Jobs einerseits besonders krisenanfällig, wobei allerdings im späten Kaiserreich die Arbeitslosigkeit auch in Krisenjahren vergleichsweise sehr niedrig blieb. Andererseits vollzieht sich struktureller Wandel, von dem übrigens vor 1914 erst wenig zu spüren ist, im Angebot an Arbeitsplätzen heute mit stets schmerzhaften Folgen eher in den mittleren Segmenten der Arbeitsmärkte, also unter den gut oder doch besser qualifizierten Arbeitskräften. Man wird dennoch beide Migrationsgruppen im Status einer Industriellen Reservearmee betrachten müssen, für welche sich in erster Linie gering entlohnte und durch physische Arbeit geprägte Arbeitsplätze anboten. Während Bergbau und Hüttenwesen als industrielle Eingangsberufe heute weitgehend weggefallen sind, erfüllen die niederen, privatisierten Dienstleistungen diese Funktion.

Gegenwärtig liegt die Forschung über die Integration bzw. Assimilation der fremdethnischen Zuwanderer in der Nachkriegszeit und besonders über die Türken offenbar noch weitgehend in Händen der Sozialwissenschaften – und dankenswerterweise der „Ausstellungsmacher“.²⁵ Das sollte sich ändern: Die Migrationsprozesse gehören auch für die Nach-

23 Ich beziehe mich insbesondere auf die Merkmalskomplexe, die von Blecking: Polish community, und Lucassen, Poles and Turks, erarbeitet worden sind; vgl. auch die dort jeweils dokumentierte, weitere Literatur.

24 Vgl. jetzt Monika Mattes: „Gastarbeiterinnen“ in der Bundesrepublik. Anwerbepolitik, Migration und Geschlecht in den 50er bis 70er Jahren, Frankfurt a. M. 2005;

25 Vgl. den Katalog einer Ausstellung im Ruhrland-Museum, Essen: Aytac Erylmaz/Mathilde Jamin (Hg.): Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei, Essen 1998.

kriegszeit „historisiert“. Mit der These vom „Schmelztiegel Ruhrgebiet“ sollten wir dabei, nach den historischen Erfahrungen mit der polnischen „Integration“, sehr viel zurückhaltender umgehen, als dies bisher üblich ist. Zumindest sollte nicht übersehen werden, dass die These unter einem dreifachen Ideologieverdacht steht. Sie ist erstmals in sehr zweifelhaften Zusammenhängen pseudowissenschaftlich begründet worden, und zwar vor allem durch die Untersuchungen von Wilhelm Brepohl, über dessen Arbeiten zum Ruhr-Volkstum hier nicht weiter behandelt werden soll.²⁶ Soviel genüge: Von einer biologischen „Verostdeutschung“ und einer mentalen „Verwestdeutschung“ des sogenannten „Ruhrvolks“ zu sprechen, ist schon rein faktischer Unsinn, zu schweigen von den rassistischen Implikationen. Das Problem der Integration der Ruhrpolen wurde, ohne dass es noch der rassistischen „Auslese“ der Nationalsozialisten in einem nennenswerten Umfang bedurft hätte, auf gänzlich andere Weise entschärft, und diese Entschärfung ist jedenfalls nicht als eine Integrationsleistung der aufnehmenden Gesellschaft zu interpretieren. Zweitens hat dann das amerikanische Beispiel die Urteilsbildung in der jüngeren Sozialgeschichtsschreibung deutlich beeinflusst. Die Theorie vom Schmelztiegel gehört zum Gründungsmythos der Vereinigten Staaten. Es bleibt, wenn sie vorschnell adaptiert wird, gänzlich außer Betracht, dass die Integrations- und Assimilationsprozesse in den USA vermutlich ungleich schmerzhafter und auch gewalthafter als in Deutschland und in anderen europäischen Staaten verlaufen und soziale Ungleichheit vermutlich viel stärker akzentuieren, obwohl die politischen Rahmenbedingungen für die Zuwanderung im Ganzen jenseits des Atlantiks traditionell eher liberal geformt und praktiziert wurden. Gerade die Handhabung und Bewältigung des Problems massenhafter illegaler Zuwanderung aus Mexiko und Mittelamerika bezeichnet hierin sowohl Herausforderung als auch migrationspolitischen Pragmatismus. Drittens schließlich haben „multikulturelle“ Orientierungen oder, entgegengesetzt, solche über „Leitkulturen“ in der jüngsten Vergangenheit auch das historische Urteil über Migrationen beeinflusst.

Statt ideologieverdächtigter Thesenbildung sollte sich das Interesse an einem historisierenden Vergleich von fremdethnischen und -konfessionellen Zuwanderungswellen vielmehr auf die Entwicklung einer historischen Assimilationstheorie konzentrieren.²⁷ Das hieße stets, die Integrationsfähigkeit der Aufnahmebevölkerungen ebenso wie die Assimilationsfähigkeit der Zuwanderergruppen zu typisieren und darin förderliche wie hemmende Merkmalskomplexe zu erarbeiten. Es hieße ferner und vor allem, die Integrations- bzw. Assimilationsproblematik im Zeitablauf zu betrachten, also die Betrachtung selbst zu dynamisieren, so dass,

26 Vgl. ausführlich (mit den entsprechenden Nachweisen): Stefan Goch: Wege und Abwege der Sozialwissenschaft. Wilhelm Brepohls industrielle Volkskunde, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 26 (2001) S. 139–176; zur Migrationsforschung unter ideologiekritischen Aspekten ferner: Wolfgang Braunschädel: Ideal und Ideologie: Einwanderung und Integration im Ruhrgebiet, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit 1996, S. 339–400.

27 Anregungen bietet etwa der Aufsatz von Nancy L. Green: The Comparative Method and Poststructural Structuralism: New Perspectives for Migration Studies, in: Jan Lucassen/Leo Lucassen (eds.): Migration, Migration History. Old Paradigms and New Perspectives, Frankfurt a. M. 1999, S. 57–71; vgl. u. a. Jochen Oltmer: Migrationsforschung und Interkulturelle Studien: Zehn Jahre IMIS, Osnabrück 2002.

Generationen übergreifend und Generationen vergleichend, Prozesse recht eigentlich erkennbar werden. Es hieße schließlich, die Dialektik von Eigenart und Fremdheit in deren wechselseitiger Determinierung und Prozessgebundenheit zu untersuchen.